

## **Sozioanalyse als Grundlage von politischem Engagement**

Mit dem Blick auf das, was ich in den letzten beiden Tagen in diesem Workshop der Rosa-Luxemburg-Stiftung gelernt habe, möchte ich mit meinem Beitrag einen „analytischen Schritt zurück“ tun.

Es wurde hier zum einen eine Menge interessanten „Insiderwissens“ präsentiert, was linke Parteien betrifft. Zum anderen wurden der Bedarf, die Notwendigkeit und der Anspruch deutlich, dass über Themenkomplexe wie „Populismus“, „Pluralismus“, „sozio-ökonomische Dimension vs. kulturelle Dimension“, „Hegemoniefähigkeit“ diskutiert wird. Da dieser Workshop ja auch Transformationsprozesse linker Parteien zum Gegenstand hat, möchte ich daran anknüpfen. Dafür halte ich es aber für notwendig, hinter die verschiedenen Binnenansichten zurückzutreten und in einem ersten Schritt einmal grundlegend über die Voraussetzungen bzw. Barrieren emanzipatorischen Engagements nachzudenken. Emanzipatorisches Engagement möchte ich hierzu bewusst nicht näher definieren bzw. zunächst auch nicht zwischen parteipolitischen Aktivitäten und solchen in sozialen Bewegungen unterscheiden, um den Blick nicht im voraus zu verengen. In einem zweiten Schritt werde ich dann versuchen darzulegen, welche Hinweise diese Grundlagen für eine Selbstanalyse einer linken Partei liefern können. Eine derartige Analyse scheint mir der unverzichtbare Hintergrund einer angestrebten Hegemoniefähigkeit zu sein.

### ***I Emanzipatorisches Engagement und seine Voraussetzungen***

Emanzipatorisches Engagement scheint ein voraussetzungsreicher Prozess zu sein, wenn man sich betrachtet, wie wenige Menschen im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung aktiv werden.

Im Folgenden sollen fünf Stufen des Übergangs zwischen einer „gesellschaftlichen Schiefelage“ und emanzipatorischem Engagement skizziert werden:<sup>1</sup> (1) Es muss objektiv eine strukturelle Krise, z.B. in Form der Ungleichverteilung von Lebenschancen, vorliegen. (2) Menschen müssen – in welcher Form auch immer – unter diesen gesellschaftlichen Bedingungen leiden. (3) Die Gründe für die Unzufriedenheit bzw. das Leiden müssen external attribuiert werden. Das heißt, es muss zumindest in der Wahrnehmung der potentiellen Engagierten ein Adressat für die Vorwürfe, Veränderungsgesuche etc. vorhanden, bzw. es müssen we-

---

<sup>1</sup> Der folgende Text des ersten Teils zur Analyse der Voraussetzungen von emanzipatorischem Engagement ist die Modifikation eines Textes, der anlässlich der Proteste in den französischen Banlieues vom November 2005 verfasst wurde (vgl. Schmitt 2006).

nigstens „Verantwortlichkeiten“ auszumachen sein. Dieser Adressat kann aus „dem Staat“ oder Fremdgruppen bestehen, selbst wenn diese „nur“ als Sündenböcke fungieren. (4) Wenn all diese Voraussetzungen gegeben sind, bedarf es noch verschiedener Ressourcen bzw. „persönlicher Eigenschaften“, damit der Unmut, dessen Ursachen nicht dem eigenen Verantwortungsbereich zugeschrieben werden, *öffentlich wahrnehmbar* ausgetragen wird und schließlich (5) kollektiv-identitätsstiftender Zuschreibungen, damit die Unmutsäußerungen eine *kollektive* Form emanzipatorischen Engagements annehmen.

Es gibt in der Bewegungsforschung sehr unterschiedliche Ansätze, die entweder eher auf die Struktur- oder eher auf die Akteursseite fokussieren. Doch besteht erstens weitestgehend Konsens darüber, dass keiner dieser Ansätze alleine die „Lücke“ zwischen latenter Konfliktlage und manifestem Engagement zu schließen vermag. Zweitens versuchen neuere Ansätze die Gegenüberstellungen von Struktur/Handlung, Rationalität/Irrationalität, Strategie/Identität zu überwinden (vgl. als Beispiel: Crossley 2002; sowie zur Übersicht: Bonacker/Schmitt 2004 und Hellmann 1999).

#### (1) Gesellschaftliche Krise bzw. Ungleichverteilung von Chancen und/oder Ressourcen

Zahlreiche Übersichten zur Protestforschung unterscheiden zwischen einem US-amerikanischen Strang, der seinen Ausgangspunkt in der Massenpsychologie des Collective Behavior hat, und einem europäischen Strang, als dessen Basis die marxistische Geschichtsphilosophie angesehen wird. Letzterer nimmt die Krisenhaftigkeit gesellschaftlicher Zustände bzw. strukturelle Zwänge, sog. Structural Strains (Smelser), zum Ausgangspunkt der Analyse. Protest wird hier als Folge, Ausdruck und/oder Bearbeitung gesellschaftlicher Krisen verstanden (vgl. Brand/Büsser/Rucht 1986; Rucht 1994; Touraine 1983; Wasmuth 1989 sowie Bonacker/Schmitt 2004: 202 ff.).

Folgt man dieser Perspektive, ist es naheliegend, die Krisenhaftigkeit gesellschaftlicher Zustände als ein ubiquitäres Phänomen zu betrachten. Eine Ungleichverteilung von Chancen und/oder Ressourcen ist unschwer sowohl weltweit als auch innerhalb z.B. der BRD festzustellen.

#### (2) Das subjektive Leiden an gesellschaftlichen Verhältnissen

Bourdieu u.a. konnten mit ihrer Studie „Das Elend der Welt“ (1997; frz. Orig. 1993) „Zeugnisse und Diagnosen alltäglichen Leidens an der Gesellschaft“ (ebd.) sammeln.

Kürzlich ist eine deutsche Replikationsstudie zu diesen Verhältnissen erschienen. Eine Forschungsgruppe um Franz Schultheis, der auch in die „französische Originaluntersuchung“ eingebunden war, hat „Zumutungen und Leiden im deutschen Alltag“ diagnostizieren können (Schultheis/Schulz 2005). Dies ist insofern nicht selbstverständlich, als dass vielfach Situationen der Benachteiligung von Betroffenen gar nicht als etwas Besonderes empfunden werden. Dies hängt v.a. damit zusammen, dass Menschen, die in benachteiligten Milieus, mit der „Zuschreibung“ zu benachteiligten Gruppen etc. aufwachsen, diese Verhältnisse verinnerlichen und somit spätere Benachteiligungssituationen als etwas Selbstverständliches, ja zu ihnen Passendes wahrnehmen. Ihr Habitus (Bourdieu) passt zu den umgebenden Strukturen (vgl. Schmitt 2005; 2005a). Die Sozialpsychologie spricht von „oppression as a cooperative game“ (Sidanius/Pratto 1999), um die „Komplizenschaft“ der Betroffenen mit den Verhältnissen zum Ausdruck zu bringen.

### (3) Wer ist schuld am Elend?

Selbst wenn Menschen unter gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen leiden, heißt das noch nicht, dass sie dieses Leiden auch jenen Bedingungen zuschreiben.

Zum einen sind potentielle Protestgruppen viel weniger direkt aus sozialen Lagen herzuleiten, wie z.B. noch bei Arbeiterbewegungen im 19. Jahrhundert. Gesellschaftliche Hierarchien sind heutzutage viel stärker symbolvermittelt. Gerade weil eine Pluralität an Symbolen wie z.B. Kleidungsmöglichkeiten, Musikgeschmack etc. besteht, führen diese scheinbar freien Wahlmöglichkeiten dazu, die Symbolverteilung und die dadurch zum Ausdruck gebrachten Hierarchien eben als „frei gewählt“, natürlich, gerecht, verdient wahrzunehmen. Die Tatsache, dass im Einklang mit dem Habitus (also nicht unabhängig von den sozialen Bedingungen des Aufwachsens) gewählt wird, gerät aus dem Blick und die soziale Gemachtheit der ablesbaren Hierarchien wird dadurch verschleiert. Anstelle von kollektiven Protesten finden deshalb eher individuelle Konkurrenzkämpfe statt (vgl. Schmitt 2005; 2005a). Diese werden freilich nicht im luftleeren Raum ausgetragen, sondern es wird in den betreffenden gesellschaftlichen Feldern gekämpft, in denen Menschen agieren. Selbstverständlich stellt auch eine politische Partei ein solches Feld dar.

Zum anderen sorgen verschiedene – aber strukturhomologe – Diskurse in Gesellschaft und Wissenschaft seit Beginn der 80er Jahre dafür, dass das autonome Subjekt im Vordergrund der Betrachtungen steht. Zu nennen ist auf Seiten der Soziologie eine Individualisierungsbedefunde zu Individuierungs- und Pluralisierungsbefunden uminterpretierende Ungleichheitssoziologie, wie sie in Teilen der Lebensstilforschung zu beobachten ist (vgl. hierzu den kritischen Beitrag von Konietzka 1994). In den Erziehungswissenschaften ist seit der aus ihrem

Kontext heraus nur zu verständlichen Abkehr vom struktur-funktionalistischen Paradigma eine Überbetonung von subjektiver (und v.a. strukturungebundener) Handlungsautonomie zu diagnostizieren (vgl. hierzu kritisch Bauer 2002, 2002a, 2004). Diesen Diskursen ist es u.a. zu „verdanken“, dass eine Unterscheidung in Gesellschafts- und Parteienanalysen Einzug gehalten hat, die sich weder theoretisch noch empirisch rechtfertigen lässt und erst recht nicht im Erleben der Betroffenen vorzufinden ist: es wird von der sozio-ökonomischen und von der kulturellen Seite als zwei getrennten Dimensionen gesprochen, obwohl soziale Ungleichheit immer über Symbole, d.h. über Kultur vermittelt ist und erlebt wird. Viele Comedy-Elemente beruhen genau auf dieser Symbolvermittlung. Würden wir die gesellschaftlichen Gruppierungen hinter verschiedenen Arten sich zu kleiden, zu sprechen, zu handeln etc. nicht wiedererkennen, wäre kaum etwas davon „witzig“. Das Pendant zu diesen „subjekt-autonomen Wissenschaftsparadigmen“ auf der Ebene gesellschaftspolitischer, hegemonialer Diskurse ist all das, was unter dem Stichwort „Neoliberalismus“ kursiert. Diese Diskurse laden eher dazu ein, bei der Suche nach Verantwortlichkeiten auf die Subjektseite der Eigenverantwortlichkeit als auf die Strukturseite zu schauen. Ein aktuelles, sehr augenfälliges Beispiel ist die Kampagne „Du bist Deutschland“, die folglich nicht nur wegen ihrer nationalistischen Ausrichtung zu kritisieren ist.

#### (4) Wer traut sich, sich zu engagieren?

Wenn die o.g. Voraussetzungen gegeben sind, d.h. eine Krise vorliegt, die sich in subjektivem Leid widerspiegelt, das fremdattribuiert wird, bedarf es noch weiterer Faktoren, damit politisches Engagement entsteht. Auf individueller Ebene ist – dies gilt zumindest für die BRD – ein Mindestmaß an Bildung, Selbstbewusstsein, kurz: ein relativ „legitimer Habitus“ sowie ein Mindestmaß an gesellschaftlicher Integration zu nennen. Damit hängt u.a. auch die individuelle Möglichkeit zusammen, weitere Ressourcen zu mobilisieren. Der Bewegungsforscher Dieter Rucht kann für Deutschland immer wieder nachweisen, dass Demonstrationsteilnehmerinnen und -teilnehmer überdurchschnittlich gebildet sind (vgl. z.B. Rucht 2004, Rucht/Yang 2004). Bildung scheint hier allerdings kein Faktor an sich zu sein, sondern ein Element gesellschaftlicher Integration darzustellen.

Dass z.B. Menschen mit Migrationshintergrund in Frankreich im Schnitt besser gebildet sind als Betroffene in Deutschland (vgl. Baumert u.a. 2001), kann als Erklärung für die Proteste in den französischen Banlieues vom November 2005 kaum ausreichen, da Banlieue-Bewohnerinnen und Bewohner relativ zur französischen Gesamtbevölkerung wahrscheinlich keine überdurchschnittliche Bildung aufweisen. Dennoch ist auch in diesem Fall ein Mindestmaß an Integration anzunehmen. Sie sind Französinen und Franzosen, sprechen fran-

zösisch und sie werden an Bildung beteiligt. Die Diskrepanz zwischen relativer Integration und den Exklusionserfahrungen in den Banlieues fördert sicherlich die Artikulation von Unmut. In diesem Punkt bestehen allerdings auch große Unterschiede in den Protestkulturen nicht nur im Vergleich z.B. zu Staaten Südamerikas, sondern bereits innerhalb Europas.

## (5) Vom individuellen Aufbegehren zu kollektivem Protest

Damit das Aufbegehren nicht auf der individuellen Ebene stehen bleibt, sondern in kollektives Engagement überführt wird, müssen kollektive Identitätsbildungsprozesse stattfinden. Diese werden erleichtert, wenn man das Leid an zugeschriebenen Kollektivmerkmalen wie Ethnie, Religionszugehörigkeit etc. abbilden kann. Interessant für die Art der Konfliktaustragung könnte hierbei die Frage sein, ob es sich um eine positive kollektive Identitätsbildung handelt oder um eine die aus negativen Attributen hervorgeht. Bei letzterer scheint eine gewaltsame Austragung wahrscheinlicher. Vergleichen wir z.B. die sogenannten neuen sozialen Bewegungen in der Bundesrepublik mit den Jugendprotesten in Frankreich vom November 2005, so werden erstere mit postmateriellen Werten wie Selbstverwirklichung in Verbindung gebracht (vgl. Eder 1989; Vester 1989) und sind in Teilen auch von einem „Sendungsbewusstsein“ getragen (zur Umweltbewegung vgl. Christmann 1997). Dieses Sendungsbewusstsein im Sinne einer Elite, die für eine saubere Umwelt, gesunde Nahrung etc. einsteht, sollte zumindest mit einer positiven Selbsttypisierung einhergehen. Dies zeigen auch Untersuchungen, die die Wertewandelhypothese so eindeutig nicht teilen und auch bei den neuen sozialen Bewegungen „alte Pflichtbewusstseinswerte“ ausmachen (vgl. zur Umweltbewegung Schmitt 2002). Bei den französischen Jugendlichen ist hingegen zumindest die negative Fremdtypisierung offensichtlich.<sup>2</sup>

Was diese Analyse der verschiedenen Voraussetzungen von emanzipatorischem Engagement nun zu einer Sozioanalyse linker Parteien als Grundlage zur Erlangung von Hegemoniefähigkeit beitragen kann, soll im Folgenden kurz umrissen werden.

## ***II Sozioanalyse als Schritt in Richtung Hegemoniefähigkeit***

### (1) Die „objektive“ Krise der Erwerbsgesellschaft

---

<sup>2</sup> Hier ist nicht nur ein allgemeiner Rassismus zu nennen, sondern der französische Innenminister Sarkozy dürfte mit seiner Bezeichnung der Protestierenden als „la racaille“ (= „Gesindel“, „Pack“) die kollektive Identität eher gestärkt als geschwächt haben.

Es ist unstrittig, dass es aufgrund der Ungleichverteilung von Chancen und Ressourcen im globalen Maßstab, aber auch innerhalb sogenannter fortgeschrittener Gesellschaften eine „objektive“ Grundlage für das Wirken linker (emanzipatorischer) Parteien gibt. Nehmen wir als Beispiel die Krise der Erwerbsgesellschaft in der BRD. Aus der Ungleichverteilung von Erwerbsarbeit, einer sehr ungleichen Vergütung derselben und der Abnahme des gesamtgesellschaftlichen Erwerbsarbeitsvolumens lässt sich schließen, dass es einer Loslösung von der Vorstellung der Erwerbsarbeit als einer Institution der gesellschaftlichen Integration und damit von der Idee der Erwerbsgesellschaft bedarf. Dies zeigen sowohl klassische als neuere Befunde der Erwerbsgesellschafts- sowie Erwerbslosigkeitsforschung (vgl. v.a. André Gorz 1989, 2000; Kronauer/Vogel/Gerlach 1993; Jahoda/Lazarsfeld/Zeisel 1975).

Für diese Position gibt es sogar eine „Marktlücke“ jenseits des z.T. selbstgefälligen Abgrenzungsspiels: „angebotsorientiert vs. nachfrageorientiert“; da fast alle Parteien sich bisher auf die Frage der Arbeitslosigkeit konzentrieren, oder fataler noch: auf die Frage des Schaffens von Arbeitsplätzen. Hier wäre nicht nur Platz, sondern auch Bedarf für eine alternative Position jenseits erwerbsgesellschaftlicher Integrationsvorstellungen.

## (2) Das subjektive Leiden und die Verinnerlichung von ökonomischer Rationalität und Individualisierungsdiskursen

Vor allem die Befunde der Erwerbslosigkeitsforschung bedeuten, dass Menschen unter der Diskrepanz zwischen den Ansprüchen der Integration über Erwerbsarbeit und ihrer Nicht-Erfüllung leiden. Aus der obigen Analyse geht jedoch hervor, dass Menschen die Bedingungen und Diskurse verinnerlichen, in und mit denen sie aufwachsen. Aufgrund der Jahrzehnte währenden Prägung durch den Leitgedanken der ökonomischen Rationalität und jahrelanger Indoktrinierung durch einen neoliberalen Diskurs der Eigenverantwortlichkeit verfügen die meisten Menschen wahrnehmungs- und erlebnistechnisch nicht über alternative Integrationsmuster. Selbst wenn die neoliberale Hegemonie sich sowohl aus dem öffentlichen Diskurs als auch aus politischen Agenden verabschiedet haben sollte, hinken „Kopf und Körper“ aufgrund der Verinnerlichung alter Verhältnisse den neuen Bedingungen hinterher. Bourdieu (1982, 238ff.) bezeichnet diese Trägheit des Habitus als Hysterisis-Effekt. Spätestens hier wird deutlich, dass sich linke Politik nicht darauf beschränken dürfte, anzuprangern, dass Erwerbsarbeit nicht (mehr) die integrative Funktion erfüllen kann, die sie ohnehin nur zum Schein hatte. Es müsste eine aktive „Wertepolitik“ dahingehend betrieben werden, dass die Freisetzung von Zeit durch die Abnahme des Gesamtarbeitsvolumens für alte/neue Momente der Integration genutzt werden muss. Hier spielen klassische Ideen der Nachbarschafts-kooperation, der Eigenarbeit, der Solidarität eine Rolle (vgl. Gorz 1989).

Dies führt zu einem weiteren – vielleicht noch wichtigeren – Problem linker Parteien:

### (3) Die verinnerlichte Ungleichheit und Voraussetzungen zur Entwicklung und Akzeptanz von alternativen Integrationsmustern

Nicht alle Mitglieder (oder bereits Ausgeschlossene) der Gesellschaft sind gleichermaßen in der Lage, herkömmlichen Vergesellschaftungs- und damit Identifikationsmustern zu trotzen. Gerade (bildungs-)benachteiligte Menschen sind stärker auf bereits vorhandene, vorgefertigte Muster der Integration angewiesen. Verschiedene Habitus und deren Verklammerung mit der identitätsspendenden Vorstellung von Erwerbsarbeit müssen berücksichtigt werden, sonst profitieren von der Loslösung von der Erwerbsarbeit neben denjenigen, die materiell abgesichert sind, nur solche, die im Besitz höheren kulturellen Kapitals sind, d.h. die über legitime bzw. legitimierte Habitus verfügen. Die in kultureller wie materieller (beide Stränge hängen natürlich zusammen) Hinsicht Benachteiligten haben bei ihrer Suche nach Integrationsmöglichkeiten weniger Freiheitsgrade (vgl. Bourdieu 1982, sowie Bourdieu/Passeron 1971). Dies darf nicht dahingehend missverstanden werden, dass sie nicht über Kultur verfügten. Dies tun sie sehr wohl, aber sie haben keine ausreichende symbolische Macht, ihre möglichen Kultur- und Integrationsmuster als „die legitimen“ durchzusetzen. Folglich wird es für eine emanzipatorische Partei wichtig sein, soziale Ungleichheit auch unter dem Gesichtspunkt sozialer Herkunft und Laufbahn, also Habitus zu betrachten. Dies bedeutet selbstverständlich, dass die Gegenüberstellung von Verteilungs- und Chancengerechtigkeit überwunden werden muss.

### (4) Die verinnerlichte Ungleichheit und die Hassliebe zu Robin Hood und seinen Angeboten der Teilhabe

Wichtig ist, dass auch in einer gegebenen gesellschaftlichen Hierarchie eine Partei nicht neutral ist und alles repräsentiert. Damit ist nicht nur die klassische Parteiverdrossenheit angesprochen, sondern vielmehr die Tatsache, dass Parteien möglicherweise selbst dann nicht als „Sprachrohre“ wahrgenommen werden, wenn sie sich genau für das einsetzen, was der/die betreffende Adressat/in gerne hätte und selbst wenn es der Partei gelingt, genau dies zu kommunizieren (dieses Phänomen ist aus der Protestforschung bekannt; vgl. Schmitt 2004). Dies liegt daran, dass Parteien „gebildete Gebilde“ sind und PolitikerInnen (auch auf kommunaler Ebene) generell eher über einen legitimen Habitus verfügen. Sie haben die „Sicherheit“ sich zu engagieren, die Stimme zu erheben etc. (selbst wenn es Ausnahmen gibt).

Sie werden v.a. von Angehörigen bildungsferner Schichten von daher tendenziell – und nicht zu Unrecht – als privilegiert wahrgenommen (vgl. auch Bourdieu 1992, 174 ff.; 1998, 70ff.). Akteure und Akteurinnen in Parteien müssen sich bewusst werden, dass erstens ihre Partei nicht nur auf dem Rechts-Links-Spektrum einzuordnen ist, sondern dass es auch eine vertikale Positionierung im Bordieuschen Sozialraum gibt (1982), die per definitionem eben nicht unten zu finden ist. Zweitens muss sich ein Bewusstsein dafür entwickeln, besagte Habitus-Distanzen wahrzunehmen. Diese liegen selbst bei der Übereinstimmung von Inhalten, Ansprüchen, Zielen und Wegen vor und werden dadurch sogar kaschiert und damit noch wirksamer. Diese Punkte der Verschleierung von Herrschaftszusammenhängen berücksichtigend, muss eine linke Partei v.a. dort wachsam sein, wo das Gesellschaftssystem und die Partei selbst Offenheit, Demokratisches und Partizipatorisches verheißen. Dadurch werden vielfach bereits vorhandene und sozial erzeugte Ungleichheiten verleugnet und die aus ihnen resultierenden Unterscheidungen naturalisiert, d.h. auf Begabung, Verdienst, Natur etc. zurückgeführt. Als Beispiel mag hier die formale Demokratie des Schulzugangs genügen (vgl. Baumert u.a. 2001 sowie Bourdieu/Passeron 1971, 1973). Menschen wird – wie gezeigt – nämlich systematisch – d.h. über Strukturen, Situationen und über ihre eigenen Körper (Habitus) – die Möglichkeit verweigert, diese „Freiheiten“ bzw. Demokratieangebote zu nutzen. Damit bleibt es bei Unfreiheiten, die als Freiheiten verkauft werden und ein System als demokratisch legitimieren können, das es sowohl theoretisch als auch empirisch nicht ist. Dieses Bewusstsein mag zwar keine hinreichende Bedingung für eine größere Anschlussfähigkeit der Partei an unter den gesellschaftlichen Verhältnissen leidende Menschen sein, sie ist aber eine notwendige (Schmitt 2004). Dies gilt natürlich auch umgekehrt für die Anschlussfähigkeit an vermeintliche Eliten und bezeugt zudem die Notwendigkeit einer Hegemonieentwicklung (im Sinne einer gemeinsam geteilten Habitualisierungsmöglichkeit).

## (5) Eine Partei als Feld von Konkurrenzkämpfen

Aus der Analyse der Voraussetzungen von emanzipatorischem Engagement geht hervor, dass individuelle Konkurrenzkämpfe an die Stelle von Klassenkämpfen gerückt sind. Diese Auseinandersetzungen um Anerkennung, Kapitalakkumulation und die Durchsetzung von Definitionen finden in den jeweiligen Feldern statt, in denen Menschen agieren. Auch eine linke Partei lässt sich als ein solches Feld beschreiben. Auch sie ist in sich kein neutrales, interessefreies Gebilde der reinen Vernunft, sondern ein intern umkämpftes Feld. Es gibt solche, die Verteilungen und v.a. Verteilungsregeln (auch symbolischer Güter) aufrechterhalten wollen („Traditionalisten“) und solche, die an einer Veränderung interessiert sind („Erneuerer“) (vgl. Bourdieu 2001). Ein Bewusstsein darüber kann eine größere Verständigungs-



basis schaffen und vor Idealisierungen und damit einhergehenden Enttäuschungen schützen.

## Fazit

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass Hegemoniefähigkeit eine soziologische Selbstreflexion voraussetzt. Hierbei ist zu beachten, dass erstens soziale Ungleichheit etwas Verinnerlichtes ist und immer über Kultur vermittelt wird. Diese Ebenen dürfen nicht getrennt und Verteilungs- und Chancengleichheit einander nicht gegenüber gestellt werden. Zweitens muss eine linke Partei berücksichtigen, dass sie selbst als etwas Gebildetes wahrgenommen wird und eine „Sprachrohrideologie“ die vorhandenen Diskrepanzen durch ihre Verschleierung evt. sogar vergrößert. Demokratie bzw. Partizipation ist folglich nicht nur auf der Angebotsseite anzusiedeln, bzw. dieses Angebot muss auch ein Angebot zur erhöhten Nachfragechance integrieren. Drittens muss eine Partei sich gewahr sein, dass sie selbst ein gesellschaftliches Feld ist, in dem individuelle Konkurrenzkämpfe ausgetragen werden. Aus den genannten Gründen muss sie viertens selbst eine aktive „Bewusstwerdungs- und Wertepolitik“ betreiben, um einem Hegemonievakuum oder einer Hegemonieträgheit entgegenwirken zu können.

Die eigenen inneren Grenzen (Habitus) und äußeren Barrieren (Strukturen) zu erkennen, hat neben der Funktion einer wissenschaftlich adäquaten Analyse v.a. eine politische Folgefunktion. Dieser Prozess muss deshalb die Grundlage einer linken Partei darstellen. Bevor sich eine Mauer überwinden lässt, muss sie sichtbar gemacht werden.

## Literatur:

- Bauer, Ullrich (2002): Selbst- und/ oder Fremdsozialisation. Zur Theoriedebatte in der Sozialisationsforschung. Eine Entgegnung auf Jürgen Zinnecker, in: Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation, H.2, S. 118-142.
- Ders. (2002a): Sozialisation und die Reproduktion sozialer Ungleichheit. Bourdieus politische Soziologie und die Sozialisationsforschung, in: U.H. Bittlingmayer u.a. (Hg.): Theorie als Kampf? Zur politischen Soziologie Pierre Bourdieus, Opladen, S. 415-445.
- Ders. (2004): Keine Gesinnungsfrage. Der Subjektbegriff in der Sozialisationsforschung, in: D. Geulen/H. Veith (Hg.): Sozialisationsforschung interdisziplinär. Aktuelle Perspektiven, S. 61-91.
- Baumert, Jürgen u.a. (2001): PISA 2000. Basiskompetenzen von Schülerinnen und Schülern im internationalen Vergleich, Opladen.
- Bonacker, Thorsten & Lars Schmitt (2004): Politischer Protest zwischen latenten Strukturen und manifesten Konflikten. Perspektiven soziologischer Protestforschung am Beispiel

- der (neuen) Friedensbewegung, in: Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen, H.32, S. 193-213.
- Bourdieu, Pierre (1982): Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft, Frankfurt a.M.
- Ders. (1992): Rede und Antwort, Frankfurt a.M.
- Ders. (1992a): Die verborgenen Mechanismen der Macht. Schriften zu Politik und Kultur, Hamburg.
- Bourdieu, Pierre u.a. (1997): Das Elend der Welt. Zeugnisse und Diagnosen alltäglichen Leidens, Konstanz.
- Ders. (1998): Vom Gebrauch der Wissenschaft. Für eine klinische Soziologie des wissenschaftlichen Feldes, Konstanz.
- Ders. (2001): Das politische Feld. Zur Kritik der politischen Vernunft, Konstanz.
- Bourdieu, Pierre & Jean-Claude Passeron (1971): Die Illusion der Chancengleichheit, Stuttgart.
- Dies. (1973): Grundlagen einer Theorie der symbolischen Gewalt, Frankfurt a.M.
- Brand, Karl-Werner & Detlef Büsler & Dieter Rucht (1986): Aufbruch in eine andere Gesellschaft. Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik, Frankfurt a.M./New York.
- Christmann, Gabriela B. (1997): Ökologische Moral. Zur kommunikativen Konstruktion und Rekonstruktion umweltschützerischer Moralvorstellungen, Wiesbaden.
- Crossley, Nick (2002): Making sense of social movements, Buckingham/Philadelphia.
- Eder, Klaus (1989): Die "neuen sozialen Bewegungen" - Moralische Kreuzzüge, politische Pressure Groups oder soziale Bewegung, in: U.C. Wasmuth (Hg.): Alternativen zur alten Politik? Neue soziale Bewegung in der Diskussion, Darmstadt, S. 177-195.
- Goetz, André (1989): Kritik der ökonomischen Vernunft. Sinnfragen am Ende der Arbeitsgesellschaft, Berlin.
- Ders. (2000): Arbeit zwischen Misere und Utopie, Frankfurt a.M.
- Hellman, Kai-Uwe (1999): Paradigmen der Bewegungsforschung. Eine Fachdisziplin auf dem Weg zur normalen Wissenschaft, in: A. Klein/H.-J. Legrand/Th. Leif (Hg.): Neue soziale Bewegungen. Impulse, Bilanzen, Perspektiven. Wiesbaden, S. 91-113.
- Jahoda, Marie & Paul F. Lazarsfeld & Hans Zeisel (1975): Die Arbeitslosen von Marienthal. Ein soziographischer Versuch, Frankfurt a.M.
- Konietzka, Dirk (1994): Individualisierung, Entstrukturierung und Lebensstile. Zu einigen konzeptionellen Fragen der Analyse von Lebensstilen, in: J.S. Dangschat/J. Blasius (Hg.): Lebensstile in den Städten. Konzepte und Methoden, Opladen, S. 150-168.
- Kronauer, Martin & Berthold Vogel & Frank Gerlach (1993): Im Schatten der Arbeitsgesellschaft. Arbeitslose und die Dynamik sozialer Ausgrenzung, Frankfurt a.M. u.a.
- Rucht, Dieter (1994): Modernisierung und neue soziale Bewegungen. Deutschland, Frankreich und USA im Vergleich, Frankfurt a.M.
- Ders. (2004): Die Friedensdemonstranten – Wer waren sie?, in: Wissenschaft und Frieden, H.1, Jg. 22, S. 57-59.
- Rucht, Dieter & Mundo Yang (2004): Wer demonstrierte gegen Hartz IV?, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, H.4, S. 21-27.
- Sidanius, Jim & Felicia Pratto (1999): Social dominance. An intergroup theory of social hierarchy and oppression, Cambridge.
- Schmitt, Lars (2002): Ökologie und gesellschaftskritisches Bewusstsein. Wie ROT ist eigentlich GRÜN? Marburg 2002.

- Ders. (2004): Kritische Wissenschaft und Friedensbewegung. Soziologische Selbstreflexion zur Stärkung der Bewegung, in: Wissenschaft und Frieden, H.3, Jg.22, S.49-52.
- Ders. (2005): Wie Soziologie heilen kann. Pierre Bourdieus Sozioanalyse, in: M. Brie und B. Chrapa (Hg.): Im Gedenken an Michael Chrapa. -...sein hundertfach Begonnenes...□, Berlin/Halle 2005, S. 27-44.
- Ders. (2005a): Konfliktsoziologie als Sozioanalyse, in: Th. Bonacker/L. Schmitt: Sozialwissenschaftliche Theorien der Konfliktforschung, Studienbrief der FernUniversität Hagen, S. 31-33.
- Ders. (2006): Sozialer Protest und seine Voraussetzungen, workingpaper des Center for Conflict Studies Marburg, No.1, i.E.
- Schultheis, Franz & Kristina Schulz (Hg.) (2005): Gesellschaft mit begrenzter Haftung. Zumutungen und Leiden im deutschen Alltag, Konstanz.
- Touraine, Alain (1983): Soziale Bewegungen. Spezialgebiet oder zentrales Problem soziologischer Analyse, in: J. Matthes (Hg.): Krise der Arbeitsgesellschaft? Frankfurt a.M./New York.
- Vester, Michael (1989): Neue soziale Bewegungen und soziale Schichten, in: U.C. Wasmuht (Hg.): Alternativen zur alten Politik? Neue soziale Bewegung in der Diskussion, Darmstadt, S. 38-63.
- Wasmuht, Ulrike C. (Hg.) (1989): Alternativen zur alten Politik? Neue soziale Bewegung in der Diskussion, Darmstadt.